

Länderprofil Sudan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Platz 13 / 79 Punkte (WVI 2020: Platz 7 / 85 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2019 – 30. September 2020

Inhaltsverzeichnis

Kurze Zusammenfassung	2
1. Position auf dem Weltverfolgungsindex	3
2. Trends und Entwicklungen	3
3. Religiöse Situation im Land	4
4. Triebkräfte der Verfolgung	5
5. Verfolger	7
6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung	9
7. Betroffene Christen	9
8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt	11
9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen	17
10. Gebetsanliegen	17

Kurze Zusammenfassung

Wie im vorangegangenen Berichtszeitraum erlebten Christen auch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 viele Schwierigkeiten: 1) Christen werden ihrer Kirchen beraubt, die sie seit Jahren für Gottesdienste genutzt haben. 2) Die Regierung hat viele christliche Leiter verhaftet oder eingeschüchtert. 3) Aufgrund des derzeitigen politischen Chaos im Land sind Christen in großer Unsicherheit. Auch wenn die Armee und die pro-demokratischen Aktivisten eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet haben, bleibt vieles unklar.

Hinzu kommt die komplizierte ethnisch-religiöse Landschaft des Landes. Araber stehen ethnischen Afrikanern, und Muslime stehen Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudan 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt besonders für ethnische Afrikaner, denn viele von ihnen sind Christen und leben weiterhin im Sudan. Alle christlichen Gemeinschaften im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als „Ermutigung zum Glaubensabfall vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert sind, ist enorm. Es gab Verhaftungen; viele Kirchengebäude wurden zerstört und weitere stehen auf einer offiziellen Liste von Kirchen, die abgerissen werden sollen; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo es einen andauernden Konflikt zwischen Streitkräften der Regierung und Rebellengruppen gibt.

Christliche Konvertiten geben ihren christlichen Glauben häufig nicht einmal an ihre eigenen Kinder weiter, da dies die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Familie ziehen könnte (Kinder könnten versehentlich den Glauben der Eltern offenbaren). Diese Sorge reicht sogar bis hin zu Beerdigungen, wo Christen muslimischer Herkunft nach islamischen Riten auf Friedhöfen für Muslime beerdigt werden, obwohl es eigene Friedhöfe für Christen gibt.

Vollständiges Länderprofil

Dieses Länderprofil ist ein übersetzter Auszug aus dem Country Dossier von World Watch Research, der Forschungsabteilung von Open Doors. Das vollständige Country Dossier mit weiteren Hintergrundinformationen finden Sie [hier](#).

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	79	13
2020	85	7
2019	87	6
2018	87	4
2017	87	5

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Einer der Hauptgründe dafür, dass die Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2021 gegenüber dem Vorjahr um sechs Punkte gefallen ist, besteht darin, dass sich die Situation im Land positiv verändert hat. Die Zentralregierung des Sudan hat eine enorme Bereitschaft gezeigt, das politische System zu ändern – ein System, das darauf ausgelegt war, sicherzustellen, dass der Sudan ein islamisches Land bleibt. Das Apostasiegesetz wurde abgeschafft, und andere Gesetze, die die Religionsfreiheit einschränkten, wurden ebenfalls aufgehoben. Daraufhin wurde der Sudan sowohl von der von den Vereinigten Staaten geführten Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, als auch von der Liste der „besonders Besorgnis erregenden Länder“ der USCIRF gestrichen. Nichtsdestoweniger sollten die Gründe offensichtlich sein, warum das Land noch immer 79 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex erreicht: Der durchschnittliche Druck auf Christen und Kirchen erreicht immer noch ein extremes Ausmaß; die Kirchen, die zur Schließung gezwungen worden waren, sind trotz positiver Veränderungen nicht wieder geöffnet worden, Christen werden immer noch in vielerlei Hinsicht ihrer Rechte beraubt, und die Regierung ist weiterhin gerichtlich gegen bestimmte Kirchenleiter vorgegangen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Trotz der Reformen wird die islamische Unterdrückung wahrscheinlich ein vorherrschendes Thema bleiben

Im Jahr 2019 begann für den Sudan eine neue Ära: Erstmals seit drei Jahrzehnten wird das Land ohne Ex-Präsident Omar al-Bashir an der Spitze regiert. Jedoch gibt es immer noch viele Herausforderungen zu bewältigen. Die Länder des Nahen Ostens gebrauchen Hilfsleistungen und Kredite als Verhandlungsinstrumente, um Druck auf das Land auszuüben. Zugleich bemüht sich der Sudan auch darum, sich den westlichen Nationen anzupassen, indem er zeigt, dass er nicht mehr mit Terrorismus und ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden sollte. Das Land hat bereits Änderungen an repressiven Gesetzen vorgeschlagen. Die Wirtschaft leidet immer noch und auch Inflation bleibt ein ernstes Problem.

In diesem Zusammenhang sind in den kommenden Monaten folgende Entwicklungen am wahrscheinlichsten:

- Die Gesellschaft wird weiterhin von einem konservativen Islam dominiert.
- Der Abriss von Kirchen könnte beendet werden.
- Christen werden es weiterhin schwer haben, Baugenehmigungen für neue Kirchen zu bekommen, da die Regierung zumindest im Moment die örtlichen konservativen Muslime nicht verärgern will.

2) Darfur und die (nach der Unabhängigkeit des Südsudan aus der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee hervorgegangene Miliz) SPLA-North werden eine der härtesten Prüfungen für die Übergangsregierung darstellen

Der Sudan ist eines der komplexesten Länder in Afrika. Nach einem mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg entschied sich der Südsudan im Jahr 2011, seinen eigenen Weg zu gehen und zur unabhängigen Nation zu werden. Damit waren die Probleme aber noch nicht beendet. In den Regionen Darfur, Blauer Nil und Kordofan gilt es noch, große Probleme zu lösen und wichtige Fragen zu beantworten. Durch das Aufnehmen von Verhandlungen hat die Regierung gezeigt, dass ihr viel an einer Lösung gelegen ist, nachdem bereits der Verfassungsentwurf vom August 2019 die Beantwortung der Probleme in Darfur und anderen Teilen des Landes für wesentlich erklärt hatte. Es folgten Vereinbarungen im Oktober 2019 und Januar 2020. Bisher scheint es, dass die Diskussionen reibungslos verlaufen, allerdings gibt es noch offene Fragen, die ganze Aufmerksamkeit erfordern.

3. Religiöse Situation im Land

Die religiöse Konstellation im Sudan ist ein umstrittenes Thema. Die World Christian Database (WCD) schätzt die christliche Bevölkerung auf 4,5 Prozent und die muslimische Mehrheit auf 91,8 Prozent. Nach Angaben der Regierung sind etwa 97 Prozent der Bevölkerung Muslime, womit der christliche Anteil weniger als 3 Prozent betragen würde. Verschiedene Interessengruppen bestreiten diese niedrigen Zahlen (und die der WCD) und behaupten, dass der Anteil der Nichtmuslime im Land 15-20 Prozent betrage. Koptisch-orthodoxe, römisch-katholische und verschiedene protestantische Denominationen sind im Land vertreten. Diese Gruppen sind hauptsächlich in Khartum, Port Sudan, Kassala, Gedaref, El-Obeid, El-Fasher und vielen Teilen der Nuba-Berge vertreten.

Fast alle Muslime sind Sunniten, aber es gibt erhebliche Unterschiede, besonders unter den Sufi-Orden. Darüber hinaus gibt es kleine muslimische Minderheiten, darunter Schiiten und die Republikanischen Brüder, die vor allem in Khartum ansässig sind. Es gibt auch einen wachsenden (aber immer noch kleinen) Anteil von Salafisten. Die wichtigste traditionelle salafistische Gruppe, Jama'at Ansar al-Sunna al-Mohammediya, befürwortet friedliche Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Jedoch sind die neueren islamistischen Gruppen tendenziell militanter und konfrontativer und verübten 2011 und 2012 Anschläge auf sufistische, schiitische und christliche Ziele.

Mehr als ein Jahrzehnt lang wurde der Sudan aufgrund schwerer und systematischer Verletzungen der Religionsfreiheit von der USCIRF als „besonders Besorgnis erregendes Land“ eingestuft. Die Religionsfreiheit wurde zwar in der Interimsverfassung von 2005 garantiert, wird aber in der Praxis nicht gewahrt. Darüber hinaus wurde das auf islamischem Recht basierende Strafrecht des Sudan (welches Strafen wie Amputationen und Auspeitschungen für Verbrechen und Handlungen der „Unanständigkeit“ und „Unmoral“ zulässt) wahllos vor allem gegen einheimische afrikanische Christen angewandt. Im Jahr 2020 versprach die Übergangsregierung, alle Gesetze abzuschaffen, welche grundlegende Menschenrechte verletzen – darunter auch das Apostasiegesetz.

Christen muslimischer Herkunft gerieten unter besonderen Druck. Ein Beispiel dafür ist eine Frau, die 2014 zum Tode verurteilt wurde, weil sie einen christlichen Mann geheiratet hatte. Im Juli 2020, nach dem Sturz von al-Bashir, wurde jedoch angekündigt, dass der Sudan das Apostasiegesetz abschaffen werde, welches jedem verbot, vom Islam zu einer anderen Religion zu konvertieren. Darüber hinaus würden Frauen künftig nicht mehr die Erlaubnis eines männlichen Verwandten benötigen, um zu reisen, und Genitalverstümmelung würde verboten. Im September 2020 wurde bekanntgegeben, dass die sudanesisch-Übergangsregierung die Trennung von Religion und Staat beschloss: Damit wurden 30 Jahre islamischer Herrschaft im Land beendet.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung ist in der Ideologie der Muslimbruderschaft verwurzelt, die Hassan al-Turabi, der Gründer der bis April 2019 regierenden Partei, vertrat. Er half dem ehemaligen sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir, durch einen unblutigen Staatsstreich 1989 seine Macht zu festigen. Die sudanesisch-Regierung bemühte sich daraufhin um die Bildung eines islamischen Staats auf Kosten anderer religiöser Gruppen im Land. Sie stand auch im Verdacht, in den vergangenen drei Jahrzehnten islamische Extremisten unterstützt zu haben. Die USA stuften den Sudan erstmals am 12. August 1993 als einen „den Terrorismus unterstützenden Staat“ („State Sponsor of Terrorism“) ein, weil er wissentlich lokalen und internationalen Terroristen Unterschlupf gewährte und zuließ, dass das Land als Transitland für Terroristen und Waffen diene. Beispielsweise hielt sich Osama bin Laden dort auf, bevor er nach Afghanistan ging.

Historisch gesehen ist der Islam – einschließlich seiner radikalen Tendenzen wie der mahdistischen Bewegung im 19. Jahrhundert – fest in der sudanesischen Gesellschaft verwurzelt. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes sunnitische Muslime sind, hatte die sudanesisch-Regierung unter al-Bashir auch starke Verbindungen zum schiitischen Iran. Die Scharia ist die Grundlage des sudanesischen Rechtssystems, und die Elite des Sudan hat sich zum Ziel gesetzt, ein islamisches Regime im Land zu etablieren. Unter al-Bashir wurde Apostasie (der Abfall vom Islam) kriminalisiert und mit der Todesstrafe geahndet. Landesweit wurden Blasphemiegesetze angewandt, um Christen strafrechtlich zu verfolgen. Auch wenn sich dies nun verändert, ist das islamische Recht weiterhin noch sehr präsent. Diese Triebkraft hat auch ein nationalistisches Element. Es gibt

auch immer noch gewaltbereite islamische Kämpfer, die früher der Dschandschawid-Miliz des ehemaligen sudanesischen Präsidenten angehörten.

Diktatorische Paranoia

Bis zum April 2019 wurde der Sudan von einem autoritären Regime beherrscht, seit al-Bashir 1989 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Der Einfluss der Regierung sowohl auf das Privatleben als auch auf das öffentliche Leben war enorm. Das Land hat seine eigenen, tief verwurzelten Herausforderungen: Die Darfur-Krise dauert an, und im Konflikt mit der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLM-N) gibt es keine Anzeichen für eine dauerhafte Lösung, obwohl Waffenstillstandsvereinbarungen getroffen wurden. Manche vermuten, dass die Abkommen aufgrund der Sanktionen seitens der US-Regierung vereinbart worden waren und die sudanesische Regierung in der Hoffnung nachgegeben hatte, dass die Sanktionen gelockert werden könnten. Jedes Mal, wenn sich die Regierung von Ex-Präsident al-Bashir größeren sozioökonomischen und politischen Problemen gegenüber sah, wurde die Unterstützung in der breiten Bevölkerung durch Hetzreden gegen den Westen wiederbelebt. Dies wiederum hatte negative Auswirkungen auf die Christen im Land, da diese generell als „Agenten des Westens“ angesehen werden.

Es scheint eine symbiotische Beziehung zwischen islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia zu geben, da die Führer des Regimes unter al-Bashir hauptsächlich Personen waren, die einer islamisch-extremistischen Ideologie anhängen; tatsächlich diente die Nationale Kongresspartei (NCP) als Mittel zur Stärkung einer islamistischen Agenda. Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von einer islamistischen Gesinnung angetrieben wurde. In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde die Bereitschaft des ehemaligen Präsidenten, Überzeugungen und Versprechen in opportunistischer Weise aufzugeben, um an der Macht zu bleiben, immer deutlicher. Beinahe alle seiner Entscheidungen – ob es darum ging, Milizen zu unterstützen oder gegen jegliche Formen von Widerspruch vorzugehen – waren hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, von dem Bestreben motiviert, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dazu war er in der Lage – obwohl der Internationale Strafgerichtshof ihn für das, was im Sudan unter seiner Führung geschehen war, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord anklagte und 2009 einen Haftbefehl gegen ihn erließ.

In der gegenwärtigen Übergangszeit gibt es erste Anzeichen dafür, dass der neue Premierminister versucht, die Situation im Land zu verbessern. Es wird für die internationale Gemeinschaft wichtig sein, diesen Prozess zu fördern, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Minderheiten im Land.

Im Bericht „Freiheit in der Welt 2019“ der Organisation Freedom House wurde das Land als „nicht frei“ bewertet (mit der niedrigen Wertung von 7 von 100 Punkten). Dies wird sich jedoch wahrscheinlich ändern, nachdem al-Bashir von der Macht verdrängt wurde.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die sudanesische Regierung unter Ex-Präsident al-Bashir setzte alle Mittel ein, um an der Macht zu bleiben, einschließlich der Mobilisierung von Stammesmilizen. Es gab Vorwürfe von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegen die nichtarabischen Bürger. Christen gehören zu den Minderheiten, die Opfer dieser Art von organisiertem Verbrechen werden.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Die sudanesische Bevölkerung setzt sich aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen und fast 600 Untergruppen zusammen. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ethnisch afrikanischer Herkunft, Araber leben überwiegend in den nördlichen Landesteilen. Religion hat für die sudanesische Bevölkerung große Bedeutung. Die meisten Einwohner bekennen sich zu einer Religion – hauptsächlich dem Islam oder dem christlichen Glauben, doch auch Stammesreligionen bestehen fort. Seit vielen Jahren versuchen Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität als Araber zu verbreiten. Dies führte zu einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg und war letztlich für die Unabhängigkeit des Südsudan verantwortlich. Doch auch heute geschieht das noch im ganzen Land. Was sie zu einem besonderen Ziel macht, ist, dass die Mehrheit dieser ethnischen Afrikaner Christen sind.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Imame schüren in Moscheen und Medressen (Koranschulen) eine christenfeindliche Stimmung. Verantwortlich dafür sind vor allem extremistische muslimische Geistliche, die den Sudan zu einem islamischen Staat machen wollen. Es gibt auch einen schiitischen Einfluss durch Iran.
- **Gewöhnliche Bürger:** Wahhabiten und Befürworter der Scharia als Grundlage aller Lebensbereiche im Sudan engen den Spielraum für ein christliches Leben immer mehr ein. Der Islam ist tief in der sudanesischen Gesellschaft verankert, und jeder wird ermutigt, der Regierungspolitik von einer Religion, einer Kultur und einer Sprache zu folgen. Dies führt schnell zur Verfolgung von Christen.
- **Regierungsbeamte:** Staatliche Sicherheitskräfte verhafteten, belästigten und bedrohten Christen und zerstörten Kirchengebäude. Die Regierung organisierte auch Milizen, um Christen und andere Nichtmuslime anzugreifen. Christen muslimischer Herkunft sehen sich ernsthafter Verfolgung durch ihre Familien ausgesetzt. Bis zur Abschaffung des Apostasiegesetzes konnten sie zum Tod verurteilt werden, wenn man sie bei der Regierung meldete (da auf Apostasie während des größten Teils des Berichtszeitraums noch die Todesstrafe stand).
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Von der Regierung organisierte Milizen sind für die Tötung von Christen und für die Zerstörung von Eigentum von Christen im ganzen Land verantwortlich.

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Sowohl Einzelpersonen als auch ganze Familien haben sich an der Verfolgung von Christen im Land beteiligt. Ein Experte für das Land erklärt: „Familienmitglieder befürchten, dass der Glaubenswechsel eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben dazu führen könnte, dass die ganze Familie von der Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen wird, ohne dass sie etwas dafür kann. Daher werden die Familien keine Gelegenheit auslassen, um die Konvertiten dazu zu drängen, ihrem neuen Glauben abzuschwören.“

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Gegen Ende des Berichtszeitraums beschloss die Übergangsregierung, das Apostasiegesetz abzuschaffen. Es braucht jedoch Zeit, die Einstellung einer solch konservativen Gesellschaft und staatlicher Institutionen zu ändern, die auf dem Ausschluss von Christen aufgebaut sind. So wurde beobachtet, dass die staatlichen Sicherheitskräfte immer noch Christen verhafteten, schikanierten und einschüchterten und Kirchen zerstörten. Christen muslimischer Herkunft sehen sich ernsthafter Verfolgung durch ihre Familien ausgesetzt. Bis zur Abschaffung des Apostasiegesetzes konnten sie zum Tod verurteilt werden, wenn man sie bei der Regierung meldete (da auf Apostasie während des größten Teils des Berichtszeitraums noch die Todesstrafe stand).
- **Politische Parteien:** Die lange Zeit regierende Nationale Kongresspartei (die 1996 gegründet wurde und von Omar al-Bashir bis zu seiner Absetzung im April 2019 geführt wurde) ist islamistisch und hat sich auch an der Verfolgung von Christen beteiligt und diese befeuert.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Obwohl offiziell illegal, toleriert der Staat viele Gruppen, die wie Verbrecherbanden gegen Christen agieren.
- **Regierungsbeamte:** Der Sudan ist eines der korruptesten Länder in Afrika. Politiker und Netzwerke der Korruption haben sich gegen Christen verschworen und untergraben die Rechtsstaatlichkeit. Sie arbeiten zudem Hand in Hand, sodass Christen vor Gericht ihre Kirchengebäude oder ihren Besitz verlieren.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Auch Anführer ethnischer Gruppen gehen innerhalb der bestehenden Netzwerke von Vetternwirtschaft und Korruption gegen Christen vor.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Einige Anführer ethnischer Gruppen haben Rückendeckung von der Regierung erhalten, insbesondere dort, wo ihre ethnischen Gruppen den Islam als unabdingbaren Teil ihrer ethnischen Identität betrachten. Wenn sie also sehen, dass eines ihrer Mitglieder zum christlichen Glauben konvertiert, werden sie diesen Konvertiten verfolgen. Diese von der Regierung unterstützten Gruppen mit arabischem ethnischen Hintergrund versuchen auch,

Druck auf Nichtaraber auszuüben, insbesondere auf ethnisch afrikanische Christen. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ethnisch afrikanischer Herkunft und Christen (oder Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen), im Norden leben überwiegend Araber. Seit vielen Jahren versuchen Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität als Araber zu verbreiten. Dies spielte eine große Rolle in dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, in dem Millionen von Menschen starben. Millionen weiterer wurden verletzt und aus ihren Häusern vertrieben.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Druck und Gewalt, die sich gegen Christen richten, sind außerhalb der Hauptstadt intensiver.

Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zwischen den Geschehnissen in den Nuba-Bergen sowie der Region Blauer Nil und den Geschehnissen in anderen Landesteilen, insbesondere in den Städten, zu unterscheiden. Seit Juni 2011 führt die sudanesisische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch, doch die meisten Kenner der Region wissen, dass die Pläne der sudanesischen Regierung und die Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein einziges Ziel haben, nämlich die ethnische Säuberung des Gebietes von ethnischen Minderheiten und vor allem von Christen. Samuel Totten, ein US-amerikanischer Wissenschaftler zu Fragen des Völkermordes, nennt dies „Genozid durch Zermürbung“. Über einen Zeitraum von acht Jahren wurden Tausende Christen bei Angriffen durch von der Regierung unterstützte Gruppen getötet und viele Tausende wurden aus ihren Dörfern vertrieben – nur weil sie einer anderen Religion angehörten als die Anführer des Landes.

7. Betroffene Christen

Im Sudan erfahren alle im Weltverfolgungsindex unterschiedenen Kategorien von Christen in gewisser Weise Verfolgung. Jedoch ist das Ausmaß der Gewalt gegen und des Drucks auf Christen, die ethnische Afrikaner oder ehemalige Muslime sind, besonders hoch. Viele von ihnen wurden unter der Anklage von Verbrechen wie Spionage inhaftiert; viele Kirchengebäude wurden zerstört; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo Streitkräfte der Regierung gegen Rebellengruppen kämpfen. Viele Kirchen werden zur Schließung gedrängt.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten werden gezwungen, ihre Kirchen zu schließen. Diese Christen stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern und dem Südsudan. Ihren Kirchen wurde die Registrierung verweigert und viele wurden abgerissen. Manche dieser ausländischen Christen wurden ohne ordentlichen Gerichtsprozess inhaftiert.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen aus traditionellen Kirchen wie der Koptisch-Orthodoxen und der Römisch-Katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von islamischer Unterdrückung als auch von diktatorischer Paranoia. Dem Programm zum Abriss von Kirchengebäuden nach zu urteilen, kann man sagen, dass die ehemalige Regierung vorhatte, die meisten, wenn nicht alle Kirchengebäude im Land zu schließen, einschließlich derjenigen der traditionellen Kirchen.

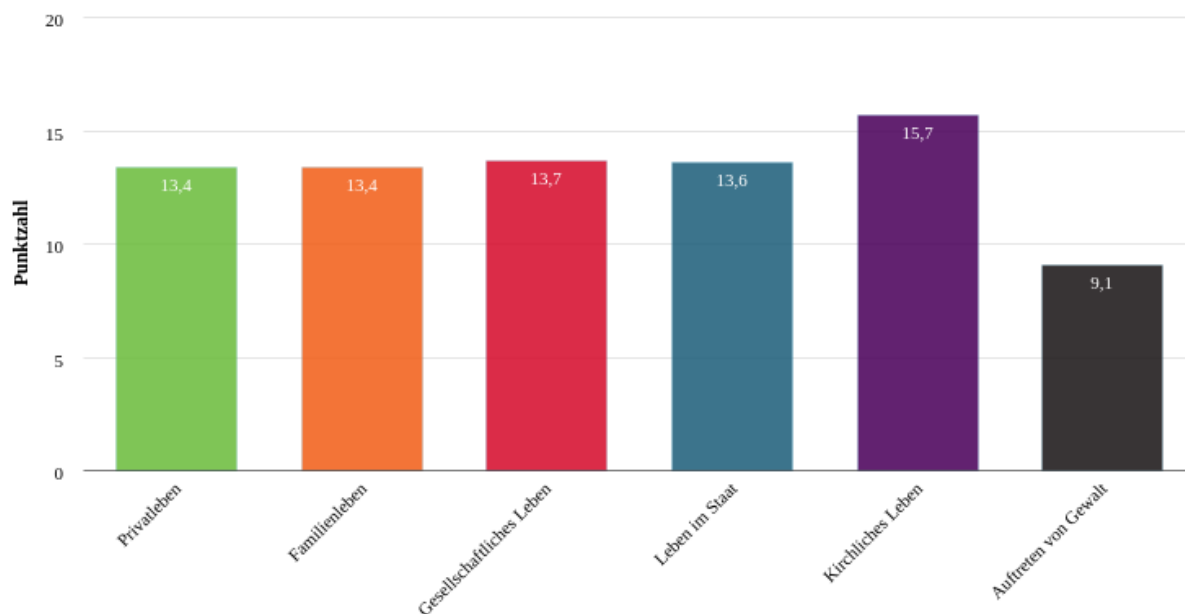
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen, die einen anderen religiösen Hintergrund haben – hauptsächlich ehemalige Muslime – erleben die stärkste Verfolgung. Sie erfahren nicht nur Verfolgung in den Bereichen des kirchlichen Lebens und des Lebens im Staat, sondern sind auch starker Verfolgung durch Familie und Nachbarn in den Bereichen gesellschaftliches Leben, Familienleben und Privatleben ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Sudanesische Christen, die baptistischen, evangelikalen und pfingstlerischen Denominationen angehören, sind ebenfalls mit Verfolgung in Form von islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia konfrontiert. Diese Gruppe von Christen muss am ehesten damit rechnen, dass ihre Kirchen geschlossen werden.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Sudan ist mit einer Wertung von 14,0 Punkten sehr hoch.
- Am stärksten ist der Druck im kirchlichen Bereich, was die Tatsache widerspiegelt, dass die Kirchen im Land vor enormen Herausforderungen stehen. An zweiter Stelle folgt der Bereich des gesellschaftlichen Lebens, ein Hinweis darauf, dass Christen in ihrem sozialen Umfeld nicht gleichberechtigt sind.
- Die Wertung für Gewalt beträgt 9,1 Punkte und ist damit gegenüber 10,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 gesunken.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden die jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Das Land bleibt weiterhin ein gefährlicher Ort, um seinen christlichen Glauben offen zu zeigen. Wenn Christen in schriftlicher Form Details über ihren Glauben erwähnen, werden sie wahrscheinlich aufgespürt und angegriffen. Deshalb ziehen es Christen oft vor, sich nicht öffentlich, sondern privat zu treffen und zu beten. Dies betrifft alle Kategorien von Christen im Land.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Christen vermeiden aus Sicherheitsgründen eher, mit Gästen oder anderen Mitgliedern der örtlichen Gemeinschaft über ihren Glauben zu sprechen: Dies könnte zu einer Verhaftung oder zum Angriff eines Mobs führen. Es könnte als Evangelisierung angesehen werden und ist ein Problem, das alle Christen umgehen müssen.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Treffen mit anderen Christen bergen (besonders für Christen muslimischer Herkunft) immer die Gefahr der Entführung oder der Verhaftung durch den Geheimdienst. Dies ist eine der Herausforderungen, mit denen alle christlichen Gemeinschaften im Land konfrontiert sind: Es herrscht eine ständige Überwachung und Nachverfolgung durch das soziale Umfeld und die Polizei. Auch wenn sich die Situation verbessert, gibt es dahingehend immer noch Probleme.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Sudan war dafür bekannt, Christen muslimischer Herkunft der Apostasie anzuklagen. Ein Experte für das Land erklärt: „Wegen des Risikos, entdeckt zu werden, und weil dies als Beweismaterial von Familien, Gesellschaft und Behörden gegen sie verwendet werden könnte, besitzen christliche Konvertiten grundsätzlich keine christlichen Materialien und meiden christliche Fernsehsender oder Internetseiten.“ Es hat Fälle gegeben, in denen Konvertiten nur aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben von ihrer Familie unter Hausarrest gestellt wurden. Auch wenn die Regierung eine Überarbeitung des Rechtssystems plant, einschließlich der Aufhebung von Artikel 126 des Strafgesetzbuches, der eindeutig eine Bestrafung für Konvertiten mit muslimischem Hintergrund vorsieht, herrscht weiterhin Angst. Darüber hinaus führen alle Kategorien von Christen nur behutsam Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen, da diese als „Handlungen, die zum Abfall vom Islam ermutigen“ ausgelegt werden könnten.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Insbesondere christliche Konvertiten, die bei ihrer muslimischen Familie leben, können es nicht riskieren, eine Bibel oder andere christliche Gegenstände zu Hause aufzubewahren. Diese könnten entdeckt werden und zu heftigem Widerstand von Mitgliedern der (Groß-)Familie führen mit dem Ziel, den Christen zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Das kann zum Verlust von Eigentum, zum Ausschluss aus der Gemeinschaft und zu weiteren Gewalttaten führen. Bis die Regierung vor Kurzem die Aufhebung des Apostasiegesetzes ankündigte, konnte der Besitz von christlichen Materialien auch dazu führen, dass ein Konvertit wegen Apostasie angeklagt wurde.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Eine Heirat ist für Christen im Sudan nicht leicht. Bei einer Ehe zwischen einem muslimischen und einem christlichen Partner wird erwartet, dass der Christ zum Islam konvertiert. Während das Gesetz bis zu einem gewissen Grad zulässt, dass Nichtmuslime nicht der Anwendung des islamischen Gesetzes unterworfen werden, wird in der Praxis eine christliche Hochzeit nicht so reibungslos ablaufen wie eine Hochzeit zwischen Muslimen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder aus christlichen Familien werden wegen des Glaubens ihrer Eltern oft in der Schule oder auf Spielplätzen belästigt. Infolgedessen sind Christen (besonders Konvertiten) oft vorsichtig oder vermeiden es, mit ihren Kindern über ihren Glauben zu sprechen. Die Art und Weise, wie Christen sich kleiden, oder auch das Tragen von Symbolen, die auf ihren Glauben hinweisen, wird unter islamischen Gruppen im Land weithin als Kennzeichen ihrer Minderwertigkeit angesehen und kann zu Handlungen der Diskriminierung, Intoleranz und Verfolgung führen.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Christen muslimischer Herkunft verzichten oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil die Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern anderen verraten könnten. Ein Experte für das Land bringt diese Herausforderung mit dem Schulsystem in Verbindung und erklärt: „Es ist sehr schwer, Kinder im Sinne des christlichen Glaubens zu erziehen. Das Schulsystem, das Sozialsystem und die Gesellschaft im Allgemeinen legen Christen viele Steine in den Weg. In den öffentlichen Schulen, die sich in den mehrheitlich muslimisch geprägten Gebieten des Landes befinden, ist Islamunterricht verpflichtend. In staatlichen Schulen in Gegenden, in denen Muslime nicht die Mehrheit bilden, haben die Schüler die Wahl, über den Islam oder den christlichen Glauben zu lernen. An den meisten staatlichen Schulen wird jedoch kein christlicher Unterricht angeboten. Als Grund dafür gibt die Regierung einen Mangel an Lehrern oder christlichen Schülern an. Unabhängig davon

bedeutet dies in der Praxis, dass viele christliche Schüler den islamischen Unterricht besuchen.“

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Diese Frage muss im Zusammenhang damit gesehen werden, dass der Sudan ein Scharia-Staat ist. Eine solche Ausgrenzung soll sicherstellen, dass die nächste Generation mehrheitlich muslimisch bleibt. Sie ist für gewöhnlich die erste Reaktion, wenn ein Elternteil sich dem christlichen Glauben zuwendet. Daher wird im Falle einer Scheidung zwischen einem Christen muslimischer Herkunft und einem muslimischen Ehepartner die Familie muslimischen Glaubens das Kind gewaltsam in ihre Obhut nehmen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Die Gesetze zur öffentlichen Ordnung beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung und gelten im Bundesstaat Khartum. Sie verbieten das Tragen „unpassender“ Kleidung und andere „Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Moral“. Die islamische Sittenpolizei belästigt und verhaftet Christen, die sich nicht entsprechend der offiziellen Vorschriften kleiden. Dieses Thema hat in der Vergangenheit zur Verhaftung vieler Christen geführt.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen, insbesondere muslimischer Herkunft, werden von muslimischen religiösen Leitern, Politikern und Bürgerwehren überwacht. Der Sudan ist ein Polizeistaat. Seit April 2019 besteht die Hoffnung, dass die Absetzung des ehemaligen Präsidenten dies ändern wird.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

Alle christlichen Gemeinschaften im Land kämpfen darum, ihren Anteil an den öffentlichen Ressourcen zu erhalten. Dies gilt insbesondere außerhalb der städtischen Gebiete, wo das Leben extrem schwierig ist, wenn die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. In den Städten bedeutet dies, dass Christen zusätzliche Kosten aufwenden müssen, um das zu bekommen, was sie für das tägliche Leben brauchen.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Die allgemeine Einstellung in der Gesellschaft und der Regierung ist, dass sudanesishe Bürger Muslime sein sollten. Die ehemalige Regierung nutzte alle verfügbaren

Möglichkeiten, um Christen zu benachteiligen und zu bestrafen, indem sie sie daran hinderte, die öffentlichen Ressourcen zu nutzen. Die Christen in den Nuba-Bergen und anderen Gebieten im Süden des Landes sind Luftangriffen der Regierungstruppen ausgesetzt; es ist auch bekannt, dass staatlich geförderte Milizen von Haus zu Haus gehen, um Christen aufzuspüren. Für Christen, die in diesen Gebieten leben, ist es kaum möglich, ein normales Leben zu führen und ohne Angst Zugang zu den öffentlichen Ressourcen zu haben.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Auf nationaler Ebene ist das allgemeine Umfeld für Christen nicht günstig, da sie als Bürger zweiter Klasse angesehen werden. Obwohl Artikel 38 der Übergangsverfassung Religionsfreiheit garantiert, ist die regierende Partei der Meinung, dass das Land Muslimen gehört. Ob die neue Regierung des Sudan diese Sicht verändern will, bleibt abzuwarten. Demzufolge sind praktisch alle Gesetze von der Scharia abgeleitet und bieten keinen Raum für die Ausübung der Religionsfreiheit. Andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch zusätzliche Rückbezugsklauseln ein. Christen – besonders aus dem Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht. Es besteht die große Hoffnung, dass sich dies ändern wird, wie von der Übergangsregierung bekannt gegeben wurde.

Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z. B. Personalpolitik, Kundenauswahl)?

Es wurde berichtet, dass es – im Vergleich zu muslimischen Geschäftsinhabern – für Nichtmuslime sehr schwierig ist, eine Lizenz für die Gründung eines Unternehmens zu erhalten. Die meisten christlichen Geschäftsinhaber werden von Kunden aufgrund ihrer Religion diskriminiert. In den meisten Fällen ist es für christliche Geschäftsleute sehr schwierig, Aufträge zu bekommen, die von der Regierung ausgeschrieben werden, da die Regierungsbeamten, die für die entsprechenden Regierungsstellen zuständig sind, eine diskriminierende Einstellung haben. Mit der Initiative der neuen Regierung, den Sudan zu einem säkularen Staat zu machen, könnte sich diese Situation in naher Zukunft verbessern.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist in dem Land stark eingeschränkt. Die Kirche wird daran gehindert, mit ihrem Glauben, ihren Praktiken und ihren Ansichten öffentlich in Erscheinung zu treten. Die Behörden befürchten, dass Christen sonst die Gelegenheit nutzen könnten, um andere zu beeinflussen, Christen zu werden. Die Zensur betrifft jeden. Für Christen ist das Risiko, sich zu äußern, jedoch höher, da der Staat wahrscheinlich (ganz oder teilweise) Straffreiheit für alle gewährt, die gegen diejenigen vorgehen, deren Äußerungen als Kritik an der Regierung oder den lokalen Beamten verstanden werden könnten. Auch hier

besteht die große Hoffnung, dass sich dies ändern wird, wie es die Übergangsregierung öffentlich angekündigt hat.

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Behinderungen und Verbote treten auf, wenn Organisationen als kritisch gegenüber staatlichen Institutionen wahrgenommen werden oder die evangelistische Wirkung ihrer Arbeit offen zur Schau stellen. Viele internationale Nichtregierungsorganisationen werden aus dem Land verbannt, wenn sie als christlich bekannt sind. Trotz der Herausforderungen sind immer noch einige christliche Organisationen im Land tätig. Es gibt zahlreiche politische Parteien im Land, aber keine ist christlich geprägt.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Dies ist ein weiterer Bereich, in dem Kirchen einem besonderen Druck ausgesetzt sind. Welche Aktivitäten sie auch durchführen wollen, die örtlichen Behörden verlangen, dass diese ausschließlich innerhalb von Kirchengebäuden stattfinden. Die Durchführung jeglicher kirchenbezogener Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden ohne ausdrückliche Genehmigung der örtlichen Behörden führt zur Verhaftung der teilnehmenden Personen.

Kam es bei Wahlen von religiösen Leitern innerhalb christlicher Gemeinschaften zu Einmischungen von außen?

Unter al-Bashir war dies ein verbreitetes Problem. Die Schwierigkeiten, die unter seinem Regime begannen, beschäftigen viele Kirchen immer noch.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Während Christen in der Hauptstadt und anderen Großstädten hauptsächlich von staatlicher Seite überwacht und behindert werden, sind die Kirchen in den abgelegenen Teilen des Landes, insbesondere in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, stärkerer Behinderung und Überwachung sowohl durch staatliche als auch durch nichtstaatliche Gruppen ausgesetzt.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Der Bau neuer Kirchengebäude ist schwierig, vor allem, weil dazu eine Baugenehmigung der Regierungsbehörden benötigt wird. Selbst wenn diese ausgestellt wird, bekommen Christen von lokalen islamischen Leitern und muslimischen Extremisten täglich Steine in den Weg gelegt.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Ein Christ wurde im Juni 2020 bei einem Mob-Angriff in Omdurman getötet. Berichten zufolge wurden dabei vier weitere Personen schwer verletzt.
- **Angriffe auf Kirchen:** Vier Kirchen in Blue Nile, zwei Kirchen in Abyei und drei Kirchen in Mairam wurden angegriffen.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Über 525 christliche Häuser wurden niedergebrannt oder anderweitig angegriffen. Zum Beispiel wurden 205 Häuser in Abyei und 110 Häuser in Mairam niedergebrannt.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten wie die jüdische Gemeinschaft sind im Sudan ebenfalls ernsthaften Herausforderungen ausgesetzt.

- Die Website „Everyday Antisemitism“ berichtete am 28. November 2017, dass Fußballfans gesehen wurden, die Adolf Hitler und den Holocaust priesen.
- Im Februar 2019 erklärte ein islamischer Geistlicher in einer Fernsehsendung, dass „Juden der Inbegriff allen Betrugs“ seien.

Die Gemeinschaft der Bahai ist im Sudan nicht anerkannt und kann nur im Geheimen arbeiten. Auch die Zeugen Jehovas sind Schikanen ausgesetzt. Schiitischen Muslimen ist es nicht erlaubt, Gottesdienste abzuhalten. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass jede religiöse Gruppe außer sunnitischen Muslimen vor außerordentlichen Herausforderungen steht, ihren Glauben zu leben.

10. Gebetsanliegen

Bitte beten Sie für den Sudan:

- Danken Sie Gott für die Schritte in Richtung Religionsfreiheit im Sudan, eine Gebetserhörung nach langer Zeit. Beten Sie, dass die Machthaber weitere Schritte in diese Richtung gehen und dass im täglichen Leben ein echter Unterschied zu spüren ist.
- Beten Sie um Schutz für sudanesishe Christen mit muslimischem Hintergrund und bitten Sie, dass sie die Kraft haben, dem Widerstand ihrer Familien und ihres Umfelds standzuhalten.
- Beten Sie, dass christliche Frauen im Sudan vor sexueller Gewalt geschützt werden und dass sie in der Lage sind, ihrem Umfeld die Liebe Jesu zu zeigen.